



EU-Gipfelteilnehmer*: Ingeheim waren die Europäer froh, in der zweiten Reihe zu sitzen

JOCK FISTICK / REPORTERS / LAIF

EUROPA

Weltmacht light

Die USA drängen auf eine aktivere Rolle Europas in der Außenpolitik. Sie wollen zu einer neuen Arbeitsteilung kommen, bei der sie sich um den Nahen Osten kümmern und die Europäer die Verantwortung für Osteuropa übernehmen.

The smart guy“ nennen sie Nicholas Burns im amerikanischen Außenministerium, einen wirklich klugen Kopf. Der Karrierediplomat hat nicht nur ein beeindruckendes Talent, die richtigen Worte zu finden, was ihm neben acht Ehrendoktorwürden den Titel „Kommunikator des Jahres“ eingetragen hat. Der Historiker hat es vom außenpolitischen Sprecher der Clinton-Regierung auch auf einen der einflussreichsten Posten der Bush-Administration gebracht.

Staatssekretär Burns ist zuständig für die iranische Nuklearkrise, Amerikas Position zu Indien und die amerikanisch-europäischen Beziehungen. Wenn es um Europa geht, ist die Nummer drei des Außenministeriums tatsächlich die Nummer eins, man kann sagen, er ist so etwas wie Washingtons Mr Europa.

Burns ist normalerweise auch ein sehr charmanter Mann. Deshalb ist es für Besucher aus Europa derzeit etwas schockie-

rend, wenn sie ihn über den alten Kontinent sprechen hören.

Die Europäer müssten sich klar werden, was ihre Aufgaben seien, sagt Burns. „Es geht nicht mehr allein um Europa oder um Amerika, es geht um den Rest der Welt, und da sehen wir Europa als unseren Partner bei der Lösung anstehender Probleme.“ Pakt endlich mit an, soll das heißen, werdet erwachsen und helft mit, wenn es ernst wird.

Es ist ein neuer Ton eingezogen in das transatlantische Verhältnis. Die Amerikaner beobachten genau, wie sich der Kontinent müht, zu größerer Einheit zu finden – und sie haben beschlossen, ein paar Forderungen anzumelden. Europa soll sich mehr beteiligen an dem mühsamen Geschäft, die krisengeschüttelte Welt zu ordnen, in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten natürlich.

Machen die Amerikaner ernst, kommen unruhige Zeiten auf die Europäer zu. Schon heute sind die 27 EU-Mitglieder alles andere als einig, wenn es etwas robuster zur Sache gehen soll. Der Afghanistan-Einsatz, an dem die EU-Staaten mit insgesamt

knapp 20 000 Soldaten beteiligt sind, ist bis in die Regierungszentralen hinein nur wenig populär. Die Dauerstationierung von Nato-Soldaten im Kosovo, für die Bundeswehr vom deutschen Parlament vergangene Woche gerade wieder bestätigt, ist nur deshalb kein großes öffentliches Thema, weil den wenigsten bewusst ist, wie brenzlich die Situation in dem ehemaligen Bürgerkriegsgebiet inzwischen wieder ist.

Jetzt schwebt den Amerikanern eine neue Aufgabenteilung vor – mehr Hilfe in Krisenregionen wie Afghanistan oder humanitären Notstandsgebieten wie Darfur. Die USA konzentrieren sich im Gegenzug auf die Gegenden, in denen die Interessen Amerikas direkt berührt sind, den Nahen Osten, einschließlich Israel und Palästina, den Irak, die arabische Halbinsel, dazu Nordkorea.

Die Europäer würden sich zudem um benachbarte Weltgegenden wie die osteuropäischen Staaten, die noch nicht der EU angehören, kümmern. Das vom Irak-Krieg ermattete Amerika kann und will nicht mehr allein Weltpolizist spielen.

Die Europäer haben oft geklagt über die amerikanische Dominanz, das selbstbewusste, manchmal auch einfach nur arrogante Auftreten der Vereinigten Staaten, aber ingeheim waren sie häufig ganz froh, in der zweiten Reihe zu sitzen.

Genau damit soll es nun vorbei sein. Die Amerikaner fordern Eingreiftruppen statt klugen Ratschlägen, mehr Real- statt Wunschpolitik.

Das „Soft-Power Utopia“, höhnte das konservative „Wall Street Journal“ über Europa, müsse begreifen, dass man sich

* In Brüssel am vergangenen Donnerstag.

nicht „aus jedem Problem herausquatschen kann“. Die Erwartungen von demokratischer Seite fallen nicht weniger deutlich aus. Von Barack Obama bis Hillary Clinton geloben die Präsidentschaftsbewerber einen „Neuanfang“ mit den Verbündeten in der alten Welt – nur soll Europa dann auch endlich Ergebnisse liefern. „Amerika braucht einen Regimewechsel“, sagt der frühere Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, „aber Europa braucht ein Regime.“

Die EU ist kaum vorbereitet auf die neue Rolle, die Amerika dem Kontinent zuweisen möchte. Bei allen inneren Querelen bietet sich von außen ein durchaus beeindruckendes Bild. Das Europa der 27 Staaten hat 500 Millionen Einwohner und ist damit erheblich größer als die USA, es ist verantwortlich für etwa 20 Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts.

Die Europäer haben die Handelsgrößen von Tomaten und Eiern harmonisiert, sie haben in 13 Staaten eine gemeinsame Währung eingeführt, sie verfügen über einen obersten Gerichtshof und ein gemeinsames Parlament. Aber ausgerechnet in der Außenpolitik finden sie keine gemeinsame Sprache.

In der Verfassung, um die auf dem EU-Gipfel in Brüssel am vergangenen Freitag bis zum Schluss gerungen wurde, ist Außenpolitik ausdrücklich von Mehrheitsentscheidungen ausgenommen. Der Plan, den Posten eines „EU-Außenministers“ einzurichten, konnte nach Verhandlungen, trotz Widerstands des Briten-Premiers Tony Blair, umgesetzt werden. Der neue Posten soll jedoch einen anderen Namen bekommen. Der neue Mann soll die Befugnisse bekommen, die noch auf zwei Äm-



Regierungschefs Kaczyński, Bush: Neuer Ton

me Außenpolitik. Nicht einmal europäische Großprojekte wie der Türkei-Beitritt sind vor diesen Erschütterungen sicher.

Jahrelang hatten die EU-Länder um eine gemeinsame Position gerungen, und ausgerechnet Frankreich gehörte in diesem Fall zu den entscheidenden Förderern des Projekts. Im Dezember 2002 hatte Präsident Jacques Chirac mit dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Fahrplan für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschlossen, der die Verhandlungen erst möglich machte.

Nun möchte sein Nachfolger diese Tür wieder schließen. Sarkozy strebt ein rasches Ende der Verhandlungen an und droht, in dieser Woche, wenn die Beratungen über drei Verhandlungsbereiche beginnen, die Gespräche über eine Wirtschafts- und Währungsunion zu blockieren.

Vergleichsweise spannungsfrei ging es da in den vergangenen Monaten zwischen den USA und Europa zu, daran konnte auch die Aufregung um den Raketenschirm nichts ändern, den Bush-Freund Lech Kaczyński begrüßt, andere EU-Regierungschefs aber ablehnen.

Ausgerechnet das Ansinnen der USA, die Europäer in der Außenpolitik stärker zu beteiligen, könnte nun paradoxerweise die transatlantischen Spannungen wieder aufleben lassen. Die USA erwarten politische Verlässlichkeit, aber genau die kann Europa nicht liefern.

Zum Beispiel in der Frage des Türkei-Beitritts zur EU erwarten die USA von den Europäern eine Position, die geopolitische Erwägungen mit einbezieht. Dass ein muslimisch geprägtes Land Anschluss an den Westen sucht, ist aus Sicht der Amerikaner ein Glücksfall.

Von der noch vor Monaten in Washington verbreiteten Vorstellung, den Krieg in Afghanistan den Europäern zu überlassen, ist das Weiße Haus angesichts der schwierigen Gefechtslage inzwischen wieder abgerückt. Aber dafür fordern US-Generäle nun umso hartnäckiger weitere europäische Truppen für den Kampf gegen die Taliban.

Dass Amerikas Geduld mit Europa nicht grenzenlos ist, vergisst Staatssekretär Burns bei keinem Auftritt als kleine Mahnung anzufügen. Der Westen sei heute so etwas wie eine globale Wertegemeinschaft, zu der auch Japan, Südkorea und hoffentlich bald auch Indien zählen. Die Idee einer „privilegierten Stellung Europas“, so Burns weiter, sei doch „irgendwie antik“.

RALF BESTE, JAN FLEISCHHAUER, MARC HUIJER, GEORG MASCOLO

ter aufgeteilt sind: Die Österreicherin Benita Ferrero-Waldner darf sich „Kommissarin für Außenbeziehungen“ nennen, sie verfügt über einen Stab von über zwei Dutzend Mitarbeitern, aber über so gut wie keine politische Macht. Der Spanier Javier Solana wiederum hat als „Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ neben einem klangvollen Titel zwar auch einigen Einfluss, dafür aber keinen nennenswerten diplomatischen Dienst, der ihm zuarbeiten könnte, was seine Wirkungsmacht deutlich einschränkt.

Wie uneins die EU in der Außenpolitik ist, zeigt gerade die Debatte um die Unabhängigkeit des Kosovo. Schon seit Monaten müht sich Europa vergeblich, zu einer gemeinsamen Haltung zu finden.

Für ein unabhängiges Kosovo, wie es auch die Amerikaner fordern, ist die Mehrheit, darunter Deutschland, Frankreich und England. Aber eine Gruppe von Ländern, darunter etwa Spanien und die Slowakei, haben starke Vorbehalte. Sie fürchten, ein unabhängiges Kosovo könnte Vorbild für Unabhängigkeitsbestrebungen in ihren eigenen Ländern werden.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier will an diesem Montag einen weiteren Versuch machen, die Blockade zu lösen. Am Nachmittag trifft sich in Paris die sogenannte Quint-Gruppe der fünf westlichen Hauptakteure im Kosovo-Konflikt, das sind die USA und Großbritannien, dazu Frankreich, Italien und Deutschland.

In einer Gemeinschaft von 27 Staaten werden Jahr um Jahr neue Regierungen gewählt, und jede neue Regierung bringt wieder neue Unsicherheit in die gemeinsa-



Premierminister Blair
Widerstand gegen EU-Außenminister